

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

198 (27.8.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postfach monatl. 1.60 M., vierteljährl. 4.80 M., zugestellt durch unsere Träger monatl. 1.70 M., vierteljährl. 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezw. 5.22 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 7-11 und 2-4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die 7spalt. Anzeigenzeile od. deren Raum 25 A., zugügl. 30 % Texterhöhung. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmeschluss 1/29 vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Von Hermann Kahlmann, M. d. R.

Deutschland ist arm, arm an Geld, an Kohlen, und besonders arm an geöffneter Kohle. Könnten wir, wie 1913, unseren eigenen Bedarf decken und noch 30 Millionen Tonnen Steinkohle ausführen, dann stünde es um das deutsche Wirtschaftsleben lieblich gut, und die Wunden, die ihm der Krieg geschlagen hat, würden bald heilen.

Aber mit einer starken Kohlenausfuhr ist auf viele Jahre nicht zu rechnen, denn erkens sind uns wichtige Kohlengebiete durch den Friedensvertrag verloren gegangen, zweitens haben wir beträchtliche Kohlenmengen an die siegreichen Staaten zu liefern, und drittens ist die Leistungsfähigkeit des deutschen Bergbaues durch mancherlei Faktoren erheblich zurückgegangen. Diesen großen volkswirtschaftlichen Schaden gilt es noch Möglichkeit zu mildern, und diesem Zwecke dient in erster Linie der des Nationalabermittlung vorgelegte Gesetzentwurf, der die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft vorsieht.

Der Zweck der Sozialisierung, d. h. der Ueberführung des Produktionsmittels in den Besitz der Gesamtheit, besteht darin, den Produktionsvertrag auf das höchste Maß zu steigern und den Produktionsvertrag auf das höchste Maß zu steigern und der Gesamtheit nutzbar zu machen.

Die zweckmäßigste Ausnutzung der im Deutschen Reich vorhandenen Elektrizitätswerke, deren Zahl rund 4000 beträgt, war und ist nicht möglich, solange Reichs-, Staats-, Kommunal- und privatkapitalistische Betriebe nebeneinander im Wettbewerb liegen. Auf dem Gebiet der Stromerzeugung und Stromverteilung besteht nämlich ein buntes Durcheinander, das den Nachteil erheblicher Verschwendung von Kapitalien, Menschenkraft und Kohle deutlich aufweist. Die Großwerke, die zahlenmäßig nur 2 Proz. ausmachen, beliefern 60 Proz. aller mit elektrischer Energie versorgten Gemeinden; sie liefern 74 Proz. des Stromes und sind imstande, auch den Rest des jetzigen Bedarfs abzugeben. Schon daraus ergibt sich, daß bei zweckmäßiger Ausnutzung der Großwerke erhebliche Kostenersparnisse und vor allem an Kohlen gespart werden könnten. In dieses bunte Durcheinander soll und muß durch ein Reichsgesetz System gebracht werden.

Die Vorlage sieht nicht die Sozialisierung aller Leistungsbetriebe und Werke vor, sondern sie beschränkt sich zunächst darauf, die Hochspannungsleitungen mit über 50 000 Volt, die den privaten Unternehmen zugehörigen Werke zur Ausnutzung von Wasserkraften für die Erzeugung elektrischer Arbeit mit einer Leistungsfähigkeit von 5000 Kilowatt und mehr und die privaten Werke, zu denen auch die gemeinwirtschaftlichen zählen, mit einer Leistung von über 5000 Kilowatt gegen angemessene Entschädigung in Reichseigentum zu übernehmen. Mehr als 97 Proz. aller Werke verbleiben demnach zunächst Privatden, Gemeinden, Gemeindeverbänden und den Staaten.

Die Sozialisierung der Werke ist aber auch nicht als Hauptzweck der Vorlage zu betrachten. Sollte sie umfänglich erfolgen, so bedürfte das einer viele Jahre dauernden Arbeit, denn die Elektrizitätswerke sind sehr häufig mit anderen Industriezweigen eng verbunden und die Loslösung der Werke, die Regelung der Abfindung der Privatbesitzer und der Gemeinden stelle finanziell und technisch riesenaufgaben. Das Gesetz bezweckt in erster Linie volkswirtschaftliche Vorteile. Die Elektrifizierung des ganzen Reiches soll nach einheitlichem Plane unter vollster Ausnutzung der gewaltigen Wasserkraft des deutschen Südens und der bedeutenden Braunkohlenlager Mitteldeutschlands erfolgen. Der Mangel an Menschenträften, der erst recht in die Erscheinung treten wird, wenn die Krise im Wirtschaftsleben sich zu beheben beginnt, soll in Industrie und Landwirtschaft durch elektrisch betriebene Maschinen ausgeglichen werden. Dadurch wächst die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt, und die Landwirtschaft wird davor bewahrt, Massen ausländischer Arbeiter heranzuziehen zu müssen.

Eine solche großzügige Aufgabe kann weder von privaten Gesellschaften, noch von Gemeinden, Gemeindeverbänden oder Ländern gelöst werden. Das kann nur geschehen vom Reich, das über die dazu nötigen Machtmittel verfügt.

Neulich wie beim deutschen Eisenbahnen plant die Reichsregierung, in Deutschland ein starkes Stromnetz zu ziehen, das die Energie über alle von allen Großwerken aufnimmt. Dadurch kann es die Erzeugung wie auch die Verteilung des Stromes regeln. Vorgezogen ist nicht das Recht der Preisregulierung, die ein unbedingtes Erfordernis ist. Wenn es auch unmöglich ist, einen einheitlichen Tarif, ähnlich dem der Eisenbahn, aufzustellen, so wird es wohl anmöglich sein, die äußerst mühsam arbeitenden Großwerke zur Entlastung der weniger günstig arbeitenden zu heranzuziehen. Die Vorlage räumt dem Reich das Recht ein, auch kleinere Werke aus Zweckmäßigkeitsgründen zu übernehmen, und wie Sozialdemokraten können nur wünschen, daß es häufig von dem Reich Gebrauch macht.

Zur Bekämpfung der Wirtshauswirtschaft wird ein Beitrag bestritten, in dem die Länder Sitz und Stimme haben. Es ist selbstver-

ständlich, daß in diesen Beiträgen Wissenschaftler und Praktiker gehören, und in der Reihe der Praktiker soll eine Anzahl Arbeitnehmer, Arbeiter und Beamte, stehen. Da das letztere nicht vorgezogen ist, werden wir die nötigen Ergänzungen beantragen.

An diesem Gesetz sind die Gemeinden stark interessiert. Deren berechnete materielle Interessen werden von der Sozialdemokratie wahrgenommen werden, wenn sich auch nicht umgehen lassen wird, daß sie wohlverdienende Rechte an die Sozietät des Reiches abtreten, um damit dem Volksganzen wesentlich zu dienen.

Um das Gesetz wird voraussichtlich ein scharfer Kampf entbrennen. Das Zentrum hat bei der Beratung keine besondere Freude geäußert, und die Demokraten, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen haben ihre Gegnerschaft nicht geleugnet. Sie sind Fremde des Kapitalismus, wollen das freie Spiel der Kräfte und sehen daher bei jedem Sozialisierungsversuch Schwierigkeiten und Nachteile für das Volk. Die Unbegreiflichen wollen natürlich die sofortige Sozialisierung, sind aber auch bereit, für die Vorlage einzutreten. Die Vorlage ist ein großer Schritt zum Sozialismus. Er ist um so höher zu bewerten, da in Wäde auch der Braunkohlenbergbau sozialisiert werden soll.

Keine Notenabstempelung!

Berlin, 26. Aug. (Mitt. Amtlich.) Zu der Frage des Notenumtausches gibt das Reichsfinanzministerium amtlich bekannt: Ueber die Durchführung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht haben in den letzten Tagen Besprechungen mit einem großen Kreis von Sachverständigen stattgefunden. Nach dem Ergebnis dieser Beratungen beabsichtigt der Reichsminister der Finanzen nicht, den Notenumtausch des deutschen Papiergeldes vorzunehmen. Eine Abstempelung der Banknote usw. ist überhaupt noch nie in Frage gekommen.

Weitere Maßnahmen gegen die Kapitalflucht.

Berlin, 26. Aug. (Privattelegr.) Der „Voss. Zig.“ zufolge beruht: Nachdem die Beratungen eines großen Sachverständigenkreises im Reichsfinanzministerium die einhellige Ablehnung des bisherigen Notenumtauschplanes ergeben haben, wird die Bildung einer kleinen Kommission aus den Sachverständigenkreisen, insbesondere der Bankfachleute, vorbereitet, die über etwaige weitere radikale Maßnahmen gegen die Kapitalflucht beraten sollen.

Aufhebung des Vollzugsrats in Berlin.

Berlin, 26. Aug. Die eigenmächtige Ausschreibung von Neuwahlen für die Berliner Arbeiter- und Betriebsräte durch den Vollzugsrat der Unabhängigen Sozialisten und Kommunisten hat die Reichsregierung zu energischem Einschreiten gezwungen. Auf Weisung des Reichskabinetts sind im Laufe der Wochenenden die Räume des Vollzugsrates militärisch besetzt worden. Die Räume bleiben unter militärischer Bewachung. Dem Vollzugsrat ist die weitere Benutzung und jede Tätigkeit zur Vorbereitung und Vornahme der Neuwahlen verboten. Die hierauf bezüglichen Akten sind beschlagnahmt.

Nach dem „Voss. Zig.“ war die Mehrheit der Redner der kommunistischen Partei Deutschlands in der gestrigen Sitzung für Arbeiterratsfunktionen und Betriebsräte der U. S. P. D. und A. P. D., die zu der Aufhebung des unabhängigen Vollzugsrates Stellung nahmen, für sofortigen Streik, während die Redner der Unabhängigen meinten, der gegenwärtige Zeitpunkt sei dazu nicht geeignet, da die Provinzen nicht mitmachen würden.

Die Verhandlungen mit Bulgarien.

Paris, 26. Aug. Die bulgarische Friedensdelegation überreichte dem Obersten Rat der Alliierten gestern zwei neue Noten. In der ersten wendet sich die Delegation dagegen, daß Serbien an der bulgarischen Westgrenze Gebiete zugesprochen werden sollen, die seit der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens bulgarisch sind. In der zweiten Note verlangt die Delegation die beschleunigte Freilassung der Kriegsgefangenen.

Der österreichische Friedensvertrag.

Paris, 26. Aug. Der Oberste Rat der Alliierten beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung eingehend mit dem österreichischen Friedensvertrag. Die Arbeiten sollen in der heute vormittag stattfindenden Sitzung fortgesetzt werden. Nach dem „Echo de Paris“ habe Oesterreich keine nennenswerten Erleichterungen zu erwarten. Der englische Vorschlag, Oesterreich als einen neuen Staat zu betrachten, der keine Verantwortung an den Ereignissen von 1914 trage, sei ebenso abgelehnt worden, wie der Vorschlag auf sofortigen Abschluß eines Donaubündnisses. Im Vertrag wird Oesterreich die Verantwortung auf den Krieg aufgebürdet. Im neuen Vertrag werde auch eine Stipulation enthalten sein, durch die keine Unabhängigkeit sichergestellt werde. Der „Matin“ weist besonders auf die Notwendigkeit hin, die alldeutsche Propaganda in Oesterreich unmöglich zu machen, damit jede Gefahr eines Anschlusses Oesterreichs an Deutschland ausgeschlossen bleibe.

Streikbewegung in Spanien.

Bern, 26. Aug. Die „Neue Korrespondenz“ berichtet über eine bedrohliche Zunahme der spanischen Streikbewegung. Nach der Bauindustrie habe die Streikbewegung auf die Textilindustrie übergegangen. Sehr erbittert hat die Haltung der Arbeitgeberverbände in Barcelona, welche die Anerkennung der Arbeiterverbände verweigern. Eine Erklärung der Streikenden verlangt die sofortige Aufhebung des Delegationsaufstandes und die Wiederherstellung der konstitutionellen Garantien. Auch der Streik der Seelenleute dehnt sich in bedenklicher Weise aus. Die Streikenden verlangen Lohn-erhöhung in doppelter Höhe und Entfernung der nichtorganisierten Arbeiter.

Die ungarische Sozialdemokratie.

Berlin, 26. Aug. (Privatmeldung.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Budapest: Eine der Voraussetzungen der Teilnahme der Sozialdemokraten an der Koalitionsregierung war ihre Ablehnung der bolschewistischen Richtung. Demgemäß hat gestern die Parteileitung in einer vertraulichen Konferenz beschlossen, den unter Bela Kun vollzogenen Anschluß an die dritte, d. h. Moskauer Internationale zu lösen und sich der zweiten Internationale anzuschließen. Die Kommunisten scheiden aus der ungarischen Sozialdemokratie aus. Die sozialdemokratische Parteileitung wird erneuert.

Frank-Währung in Ungarn.

Budapest, 26. Aug. Der Ministerrat beschloß die Einführung der Frank-Währung in Ungarn.

Das Verfahren gegen Kronprinz Rupprecht.

Saar, 25. Aug. Aus Paris wird gemeldet: Innerhalb von zwei Monaten werden eine Anzahl deutscher Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften wegen „Grausamkeiten in Metz“ vor einem Kriegsgesicht in Nancy zu erscheinen haben. Zu diesen Verklagten gehört auch Kronprinz Rupprecht von Bayern. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß Kronprinz Rupprecht den Rang eines Feldmarschalls einnimmt, wird dieser Gerichtshof auf besondere Weise zusammengestellt werden. Als Präsident wird einer der französischen Marschälle aufgestellt.

Die Cholera in China. Die „Times“ melden aus Peking, daß in Shanghai eine erste Choleraepidemie herrscht und sich von dort in nördlicher Richtung über China ausbreitet. Unter den Ausländern in China herrscht darüber Beunruhigung. In Peking fallen der Cholera täglich 150 Personen zum Opfer.

Washington, 26. Aug. Um das Gineinstromen von Fremden in die Vereinigten Staaten nach Friedensschluß zu verhindern, hat Wilson in einer Volkssprache an den Kongress verlangt, daß das während des Krieges in Kraft getretene Patengesetz noch ein Jahr nach der Ratifizierung des Friedensvertrags in Kraft bleiben soll.

Abfindung Wilhelm II.

* Dieser Tage ging eine Notiz durch die Blätter, daß beschäftigt sei den Kaiser mit einer Summe von 170 Millionen Mark abzufinden. Wir haben die Notiz nicht nachgedruckt, da wir die Nichtigkeit bezogener Meldung bezweifeln.

Die „Pol. Inf.“ bemerken nun zu dieser Meldung:

„Eine Geldabfindung für den Kaiser ist in dem Entwurf über die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Staat und Krone vorgesehen, aber nicht annähernd in der gegebenen Höhe; etwa die Hälfte der Summe ist angesetzt. Das Wesentliche hierbei ist aber die Tatsache, daß auf Grund der Bestimmung, die das Reichsnotegesetz fordert, der gesamte Betrag an das Reich abgeführt wird. Außerdem wird noch eine erhebliche steuerliche Belastung des künftigen Vermögens des Kaisers stattfinden. Wenn man bedenkt, daß der Monarch die gesamten Apanagen für alle Prinzen des königlichen Hauses zu zahlen hat, so geht hieraus hervor, daß ihm verhältnismäßig sehr wenig für den Lebensunterhalt verbleiben dürfte. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß Kaiser Wilhelm einen sehr großen Teil seines früheren Einkommens für die Erhaltung und Ausgestaltung gerade der alten Schlösser (z. B. Weiser Saal im Berliner Stadtschloß) verwendet hat, was jetzt lediglich dem Staate zugunsten kommt, der diese Schlösser übernimmt.“

Wir müssen gestehen, auch diese Nichtigkeit kann nicht befriedigen. Man wird es in den breiten Volksmassen nicht verstehen, daß man einen Deleureur noch lange „abfinden“ will. Daß die Summe „nur“ etwa 85 Millionen betragen soll ist kein Trost und auch nicht, daß der gesamte Betrag durch das Reichsmotopien an das Reich zurückfallen soll. Es ist das alles keine Rechtfertigung für einen solchen Staatsaufwand bei diesem Manne. Die „Frankf. Zig.“ hat ganz recht, wenn sie schreibt: „Eine weitere Klarstellung bleibt abzuwarten, um die Rechtsgrundlage einer solchen Abfindungsforderung zu prüfen, die unmöglich als Ersatz für die frühere Zivilisierte gedacht sein kann, nachdem alle Voraussetzungen für diese Zivilisierte entfallen sind. Auch der Hinweis auf die Apanagen ändert daran nichts; denn nach dem Rücktritt des Kaisers ist der Unterhalt für seine Angehörigen nicht anders zu beurteilen wie bei jedem sonstigen Staatsbürger, das heißt, es ist eine Privat- und nicht eine Staatsangelegenheit. Eine Entschädigung kann nur für den Uebergang von Privatbesitz auf den Staat in Frage kommen. Es ist aber schwer denkbar, daß die den angebotenen Umfang annehmen sollte.“

Die Vereinfachung der unabhängigen Arbeiterwahlen.

Den „P. B. N.“ wird geschrieben: Der nach dem Austritt der sozialdemokratischen und demokratischen Arbeiterräte in Berlin zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückte Vollzugsrat der Unabhängigen und Kommunisten machte sich an, sich als die einzige berechtigte Vertretung der gesamten Groß-Berliner werktätigen Bevölkerung aufzuspielen und in dieser Rolle aus eigener „revolutionärer“ Machtvollkommenheit alle Hand- und Kopfarbeiter zu neuen Arbeiterwahlen aufzurufen. Die „Erfassung der Wahlberechtigten“, die den Aufbau einer Parteiorganisation, wie die Unabhängigen sie verstehen und für ihre durchgeführten politischen Zwecke gar zu gern schaffen möchten, im Auge hatte, ist ihnen unerschrocken gelohnt worden durch das energische Zugreifen der Regierung, die jetzt kurzerhand den Roten Vollzugsrat aus seinem Amtsgelände zu entfernen suchte und ihm damit die weitere Vorbereitung seiner ungeheuerlichen Wahlmachenschaften zur Unmöglichkeit machte. Daß der von der Regierung geführte Streich gegen die Herren Müller und Genossen, die im Hause Nr. 23 in der Bismarckstraße ein komfortables Dasein führten, gut gesehen und alle unabhängigen Organisationen auf das empfindlichste durchkreuzt hat, beweist der Wutschrei der „Freiheit“ in ihrer Sonntagsausgabe.

Die Arbeiterwahlen soll verhindert werden! Jetzt ist in jenen Kreisen an den Kopf ihres Artikels über „Mosks neuesten Gewaltstreik“. Ganz recht, nur vergißt sie hinzuzusetzen, die „ungeheuerliche“. Denn gegen das Zustandekommen eines ordnungsgemäß gewählten Arbeiterparlamentes für Groß-Berlin hat die Regierung nicht das geringste eingutenden. Es dürfte auch der „Freiheit“ und ihren Lesern nicht unbekannt sein, daß der hierfür allein zuständige „Zentralrat der deutschen Arbeiterräte“ eine Wahlordnung beschloß, die auf der Grundlage der Beschlüsse des Zweiten Parteitagess sich aufbaut und für die Arbeiterwahlen im ganzen Reich richtunggebend und rechtsverbindlich wird. Was Richard Müller und die Seinen mit ihren Privatwahlen zu erreichen hofften, das war eine Wahlperiode von ihren Gnaden, in der ihr Einfluß auslagerte und die in ihrer Hand ein febrilhaftes Instrument gegen die verhasste rechtssozialistische Regierung sein sollte. Aber diese Aufgabe können auch die allerhöchsten graphischen Darstellungen, mit denen der Unabhängige Vollzugsrat seine Wahlflugblätter verbrämt, nicht hinwegtäuschen. Daß man nebenher auch noch das unsequente Betriebsrätegesetz in Ball zu bringen hoffte, verleiht sich dabei von selbst. In Bezug auf diese Absicht hat die unabhängige Presse aus ihrem Herzen keine Würdegrube gemacht. Das Einschreiten der Regierung war also aus mehr als einem Grunde geboten und schafft endlich klare Verhältnisse und geordnete Rahmen für die kommende Arbeiterwahl auf gesetzlicher Basis.

Ebert und Noske in der Badesofe.

Die neueste Nummer der Berliner „Musikanten Zeitung“ bringt als Titelbild eine Aufnahme des Reichspräsidenten Ebert und des Reichswehrministers Noske in der Badesofe; das Bild soll eine Originalaufnahme im Seebad Saffkrug bei Travemünde sein. Natürlich wird dieses Bild für die Oppositionsparteien ein guter Agitationsstoff sein. Die Reichstagsredner werden vom mangelnden Anstandgefühl besonders des Reichspräsidenten sprechen und die Brüder von ganz links werden sagen, der „Muschel“ Noske habe sich seine Hände abwaschen wollen. Auch der „Wp. Beobachter“ vertritt einen moralisierenden Artikel über diese „echt deutsche Gesinnung“. Das Zentrumblatt behauptet ohne weiteres, daß es sich hier nicht um eine Zufallsaufnahme, sondern um ein Präsentieren der beiden Herren, wie das Bild ohne weiteres beweist, auch wenn nicht ein dritter Badergast mit gekrümmter Mißbilligung (Dreißig) die Gruppe eigens zur Aufnahme ergötzt hätte.

Zum Leidwesen der Moralapostel und Spötter und Lästerer von rechts und links müssen wir nun dennoch feststellen, daß es sich bei dem Bilde — wie für uns von vornherein feststand — um eine Fälschung handelt. Die ganze Sache ist eine niederträchtige Lumperei und ein fein ausgeheckter Streich des Verlags der „Musikanten Zeitung“, der Firma Müller in u. Co. in Berlin. Man hat die Sache affektat für den 21. August, den feierlichen Vereidigungstag

in Weimar arrangiert. Es zeigt sich wieder, wie gewissen demokratischen Herren. Herr Müller ist Demokrat, die Lieberzeugung ein lohnendes Geschäft ist. Wenn es ein alldemokratisches Blatt gewesen wäre, hätten wir diese Gemeinheit noch mit dem dieser Gesellschaft eigenen Anstand entschuldigt. Das schamloseste Pariser Revolverblatt hat bis jetzt noch keine Karikatur Poinearés gebracht. Es blieb dem „Demokraten“ Müller vorbehalten, mit gefälschten Bildern den 21. August lächerlich machen zu wollen. Wir stellen nochmals fest: das Bild ist gefälscht. Eine 4 Personen zählende Gruppe, unter denen sich die beiden Abgeordneten befanden wurden im Mai 1919 ohne Erlaubnis der Aufgenommenen gefilmt. Man hat nun Ebert und Noske herausretouchiert und das „schöne“ Bildchen zusammengestellt. Schon vor Wochen verdruckte ein illustriertes Blatt die Fälschung zu veröffentlichen, doch wurden damals die Platten beschlagnahmt. Es blieb also Herrn Müller, dem Geschäftsrepublikaner, die „Ehre“, die wir ihm gönnen.

Dem aufgeregten „Wp. Beobachter“ möchten wir aber auch ohne die Feststellung einer Fälschung bemerken, daß einem vernünftigen Menschen kein Reichspräsident in Badesofen absolut nicht irrt. Er scheint förmlich ganz gesund zu sein und wird also lange leben. Schließlich ist, wenigstens nach einem Gesicht, auch Wilhelm der Letzte nicht auf die Welt gekommen und hat auch schon Badesofen angefaßt.

Anträge zum Badischen Parteitag.

Zur Tagesordnung:

1. Mitgliedschaft Mannheim und Heidelberg beantragen, auf die Tagesordnung des Parteitages als besonderen Punkt ein Verbot über „Die künftigen Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei“ zu setzen.
2. Mitgliedschaft Offenburg. Der Landesvorstand wolle dahin wirken, daß auf dem 6. und 7. September in Karlsruhe stattfindenden Landesparteitag die Pressefrage des Bezirks Offenburg auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Bericht des Landesvorstandes:

3. Mitgliedschaft Mannheim. Der Parteitag wolle beschließen, unter den Mitwirkenden eine intensive Agitation zu betreiben und eventuell eine besondere Kraft, deren Sitz in Mannheim ist, mit dieser Aufgabe zu betrauen.
- Der Parteitag wolle beschließen, daß im Winter politische Diskussionsabend einzuführen sind, um so zur Aufklärung und politischen Schulung der Mitglieder beizutragen.
- Der Parteitag beauftragt den Landesvorstand, dahin zu wirken, das Bildungswesen innerhalb der Partei besser auszubauen, um einen geistlichen Nachwuchs heranzubilden; insbesondere sind halbtägige Fortbildungskurse zu veranstalten, in denen über die Fragen der Staats- und Gemeindepolitik Aufklärung zu schaffen und Anbahnung zur weiteren Ausbildung und selbständigem Studium zu geben ist.
4. Mitgliedschaft Freiburg. In allen Orten sind Bildungsausschüsse zu errichten. Sie haben im Zusammenwirken mit den örtlichen Arbeiterorganisationen das Bildungswesen zu leiten. Die örtlichen Bildungsausschüsse sind in einem Bezirksbildungsausschuss zusammenzufassen, dem die Aufgabe obliegt, einheitliche Lehrpläne auszuarbeiten und vor allem den kleineren Mitgliedschaften mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Parteiressen:

5. Bezirkskonferenz Bad. Die Bezirkskonferenz vom 10. August beantragt herausgabe eines sozialdemokratischen Wochenblattes für die Landwirte des Badens.
6. Mitgliedschaft Gaggenau und 13 Mitgliedschaften im Murgtal. Der Parteitag möge beschließen, daß ein Kopfstück des „Volksfreund“ als Parteiblatt für den Bezirk Murgtal geschaffen wird.
7. Mitgliedschaft Ettlingen. Der Parteitag beschließt, daß der kommunalpolitische Teil der sozialdemokratischen Zeitungen in Baden dahin erweitert wird, daß über alle die Gemeindepolitik betreffenden Gesetze Abhandlungen erscheinen.
8. Mitgliedschaft Offenburg. An Stelle des „Volksfreund“ Karlsruhe wird die Einführung der „Volksfreund“ Freiburg beantragt.
9. Mitgliedschaft Baden-Baden. Der Landesvorstand wird beauftragt, der in Baden-Baden zu gründenden Zeitung und der gegründeten Genossenschaft die Genehmigung zu erteilen und ihr ein Verbreitungsgebiet in Mittelbaden zuzuwenden.

10. Mitgliedschaft Pforzheim. In Rücksicht darauf, daß eine große Anzahl von Parteimitgliedern anlässlich der letzten Wahlen neu in die Gemeindeverwaltungen eingetreten sind, wird der Landesvorstand beauftragt, der Parteipresse allmonatlich eine „Gemeindepolitische Beilage“ beizugeben. Diese Beilage hat alle nennenswerten praktischen Fälle in der Gemeindepolitik gemeinsam verständlich zu behandeln, damit die Genossen Richtlinien bekommen, in welcher Weise sie ihre Aufgabe in den Gemeindeverwaltungen zu lösen haben.

11. Mitgliedschaft Freiburg. Der Landesvorstand wird ersucht, alsbald eine kommunalpolitische Wochen- oder Monatschrift herauszugeben.

Organisationsstatut.

12. Mitgliedschaft Pforzheim. Für jeden Amtsbezirk ist eine Bezirksorganisation zu errichten, die an die Stelle der früheren Reichstagswahlkreise tritt. In die Organisationen haben die Mitgliedschaften der gesamten Ortschaf des Bezirks die Mitgliederbeiträge abzuführen. Von den Bezirksorganisationen erfolgt die direkte Abrechnung mit dem Landesvorstand.

Die Bezirksorganisation hat in allen Orten des Bezirks die nötigen Aufklärungs-, Agitations- und Wahlarbeiten zu leisten und die Kosten dafür zu tragen. Auch die in den einzelnen Orten begl. Vereinen entstehenden Verwaltungskosten übernimmt die Organisation des Amtsbezirks. In Beiträgen werden ihr 40 Prozent des Wochenbeitrages überwiesen. Der Vorstand der Bezirksorganisation hat seinen Sitz in der Regel in der Amtsstadt. Die Amtsbezirke haben für sich eine Satzung aufzustellen, die mit den Organisationsstatuten vom Land und vom Reich nicht in Widerspruch stehen darf.

Wo einzelne Amtsbezirke eine zu geringe Mitgliederzahl für eine selbständige Organisation aufweisen, bleibt es dem Landesvorstand vorbehalten, diese einem anderen Bezirk anzuschließen, oder anderweitige zweckdienliche Regelung zu treffen.

Bezüglich der Zusammenstellung des Parteitagess soll die Bestimmung aufgenommen werden, daß nur noch ein Drittel der sozialdemokratischen Landtagsfraktion auf dem Parteitag stimmberechtigt ist.

13. Mitgliedschaft Ettlingen. Der Parteitag beschließt, daß den Ortsvereinen ein Teil der Beiträge zur Finanzierung ihrer Geschäftsführung zugeteilt wird. Vom Wochenbeitrag sind den Ortsvereinen mindestens 5 Pfennig zu belassen.

14. Mitgliedschaft Karlsruhe. Der Parteitag wolle beschließen, daß die Verteilung der Wochenbeiträge wie folgt vorgenommen wird:

- a) männlicher Beitrag 20 Pfennig, davon dem Parteivorstand in Berlin 5 Pfennig, dem Landesvorstand 5 Pfennig, dem Kreisverein 4 Pfennig und den Ortsvereinen 6 Pfennig;
- b) weiblicher Beitrag 15 Pfennig, davon dem Parteivorstand in Berlin 4 Pfennig, dem Landesvorstand 5 Pfennig, dem Kreisverein 3 Pfennig und den Ortsvereinen 5 Pfennig.

15. Mitgliedschaft Ottenau beantragt, die Verteilung der Beiträge in der von der Mitgliedschaft Karlsruhe vorgeschlagenen Weise vorzunehmen.

16. Mitgliedschaft Bruchsal. Der Parteitag wolle beschließen, daß die Verteilung des Wochenbeitrages wie folgt vorgenommen wird:

- a) von den männlichen Beiträgen dem Parteivorstand in Berlin 5 Pfennig, dem Landesvorstand 5 Pfennig, dem Kreisverein 4 Pfennig, den Ortsvereinen 6 Pfennig;
- b) von den weiblichen Beiträgen dem Parteivorstand in Berlin 4 Pfennig, dem Landesvorstand 5 Pfennig, dem Kreisverein 3 Pfennig, den Ortsvereinen 4 Pfennig.

17. Mitgliedschaft Baden-Baden. Von den männlichen Wochenbeiträgen sind den Ortsvereinen 5 Pfennig und von den weiblichen Wochenbeiträgen 4 Pfennig zu belassen.

18. Mitgliedschaft Wolfartsweier. Von den geleisteten Wochenbeiträgen der Mitglieder sind zwei Drittel der Kreisliste und ein Drittel der Ortsvereine abzuführen.

19. Mitgliedschaft Willingen. Die Mitgliedschaft Willingen stimmt der Beitragsverteilung zu und zwar unter der Voraussetzung, daß den Ortsvereinen in Zukunft 5 Pfennig pro verkaufter Beitragsmarkte verbleiben.

20. Mitgliedschaft Bonndorf. Falls die Neueinteilung nach Landgerichtsbezirken erfolgen sollte, wolle Bonndorf an den Bezirk Freiburg angegliedert werden.

21. Mitgliedschaft Karlsruhe. Dem Landesvorstand ist ein Verbot aus der Parteigenossenschaft des ganzen Landes beizugeben, der vom Parteitag zu wählen ist.

Dem Landesvorstand ist ein zweiter Sekretär beizugeben, der die Politik, das Bildungswesen und die Jugendfrage bearbeiten soll.

22. Mitgliedschaft Mosbach. Es ist für den Kreis Mosbach ein Parteisekretär mit dem Sitz in Mosbach zu errichten.

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

Nachdruck verboten.

Als Peter Bräuer und sein Sohn eine Stunde darauf nach Hause kamen, den gefausten Brauen hinter sich ziehend, fanden sie die Mutter geschäftig in der Küche; sie lockte einen Kranz für die Wöchnerin. Was, die Notbunte hatte gefaltet!

„Damer und Daria!“ Ohne weiter zu hören, stürzten die Männer zum Stall.

Dort hatte Michalina unterdessen das nasse Stroh ausgemistet und frisches untergebracht. Mit offenen Müllern standen Bräuers Kinder, die eben aus der Schule heimgekehrt waren, an der Stalltür und glockten, was die fremde Magd schaffte. Gerade als die Männer auf die Schwelle traten, kniete das Mädchen, ihr Begrüßungsleid hochgeschüttelt über dem feuerrotten Kopf, bei der jungen Mutter und leckte ihr den Säugling an. Liebreich stülpte Michalina das auf seinen hohen Beinen noch schwache Mädchen beim Trinken mit ihren Armen. Sie gab dabei der Kuh, die, noch Angst im feuchsten Mick der schwarzbraunen Augen, den Kopf nach ihrem Schlüssel drehte, Stachelnamen.

Das Mädchens braune Wangen waren gerötet; zutraulich in seiner Freude über's niedliche Kalb, nickte es den fremden Männern zu.

Diese standen erst verblüfft; Peter Bräuer runzelte sogar die Stirn: was wollte die Polackin hier? Aber dann vergaß er das Fragen vor Freude über das kräftige Kalb.

Als Michalina ein wenig später den Bräuerlichen Hof verließ, geleitete sie der Sohn bis vor die Haustür. Der Vater hatte ihm einen Laler gegeben, — man durfte sich doch nicht klappen lassen, vor dem Volk erst recht nicht! — und nun suchte Valentin ihr das Geld in die Hand zu stecken. Aber sie widerstrebte: die Hilfe hatte sie aus freien Stücken und gern geleistet! Einmal der armen Kuh zuliebe und dann der Frau zuliebe, die sie so fremdbüchig genügt, nicht fortzuzog hatte vom Baum, als sie neugierig dort gestanden. So gern Michalina auch sonst Vergeltung nahm, hier beleidigte es sie fast, daß man ihr wehe tat; der dankbare Stachelbrud der guten Frau habe, im Wohlwollen, und wenn ihr nun der Köhne

Durch vielleicht auch noch die Hand reichen würde! Den Kopf heftig verneinend schüttelnd, wies sie das Geld zurück: „Nie, nie!“ (Nein, ein.)

Verlegen stand Valentin: also sie hätte kein Geld annehmen zu wollen? Nun, dann würde er ihr später etwasa eine Perlenkette mitbringen oder einen Kofenkranz aus der Wude am Dom; aber es war doch unangenehm, daß er jetzt nichts für sie hatte — man darf sich nicht klappen lassen, sagte der Vater.

Ihre dunklen braunen Augen schauten ihm treuherzig, in offen gezeigtem Wohlgefallen, ins Gesicht; ein Erötchen nach dem andern jagte über ihre Wangen und machte sie blühlich.

Da wiederholte er lachend, was er gestern gelernt hatte: „Demi Dusch!“ Blühte seine schlante Gestalt herum zu ihres kleinen unterlehen und drückte einen scherzenden Kus auf die erötende Wange.

Michalina war sehr vergnügt, als sie ihren Weg fortsetzte; der Tag hatte so traurig begonnen, noch klagen ihr die Sterbeglocken in den Ohren, und doch mußte sie jetzt schon singen. Die Erde war gefroren, so hart, daß sie unter ihren Schuhen klapperte; die Krähen schrien hungrig über den toten Aedern, aber sie schaute doch unwillkürlich, ob da nicht irgendwo eine Lerche läge, ganz verborgen in befeuchteter Furche. Ihr war, als hörte sie immerfort leises Geszwitscher, da hing auch sie an zu summen; wehmütig und lustig zugleich klang das Liedchen:

„O war' ich ein Sternlein, wie droben
Am Himmel so viele Stegen,
Ich blühte von droben herunter
Nun auf dich, mein Würschchen, zu sehen!“

Immer wieder von neuem das Liedchen beginnend, trabte sie munter gen Choralborceppe. Als sie sich den Hüften der Komorniks näherte, hörte sie schon ihren Jasio krähen. Waa, noch niemand zu Hause, das Mädchen war immer noch allein! Unten der ausgehöhlten Schwelle lag der Schlüssel, rasch holte sie ihn hervor und schloß auf.

In Schöpfer Dudes einziger Stube war, trotzdem man mit Wacholderbeeren gewandert und Essigplatten aufgehängt hatte, doch noch der ganze Reichendunst. Das Kind sah am Boden auf dem nackten Estrich und hatte sich ganz rot und heiß ge-schrien. Ei, das war ganz gut, ja hatte es auch nicht ge-

Die junge Mutter legte sich für ihr sonntägliches Kleid ab, zog den alten Rock der Großmutter an und schlüpfte in deren Pantoffeln; dann nahm sie ihren Kuben auf den Arm. Von neuem summend, tänzelnd Schritte, begann sie ihn durch die Stube zu tragen.

„Ei, was fehlt denn dem Würschchen, dem kleinen, daß es weint? Hat es nicht Süßchen wie Plack, einen Mund wie 'ne Kirde, Augenlhen wie schwarze Beeren? Hat es nicht ein rotes Wändchen um sein Vermdchen, daß keine Gese es belegen kann! Häh, häh! — still, still! Ist der böse Wäl (Hagens) Gespenst mit geodem Bart und langen Röhnen“ hinter dem Waisen hervorgetreten und hat dem Kindchen die Bäune gezeigt? Fürchte dich nicht, häh, häh! Geh, höre Wäl, geh zu unorigen Kindern, mein Würschchen ist lieb, mein Würschchen ist brav! Mein Würschchen bekommt ein Schäftterpferd, eine Kamienarka (Kustschietwägelchen) mit einem Gähnen dran, und wenn es groß ist, ein Schwert. Häh, häh, häh, mein Würschchen! Daß alle Engel dich hüten — häh, häh, — Jesus, Maria, Joseph und der heilige Geist!“

Michalina machte über irem Würschchen das Reizen des Kreuzes und drückte es sojend an die volle Brust.

Jasio lächelte und kniegle sich an; die Mutter lächelte auch, hell jauchzend schwang sie das Kind in ihren starken Armen hoch in die Höhe und wieder tief zum Boden und wirbelte sich dann mit ihm herum. Unten Michalina hatte sich einer der festgefrorenen Böppe gelöst und hing ihr, fest und straff, über den Rücken; ein paar Haken am Wieder waren aufgehängt, unterm weißen Hemd quoll die weiße Brust, und in der weißen Brust kopfte das rote Gez.

(Fortsetzung folgt.)

Literatur.

Das neue amtliche Leipziger Messtafelbuch (Ausstellerverzeichnis) der diesjährigen Herbst-Messe wird in den nächsten Tagen erscheinen. Es besteht aus zwei Bänden, einem Firmen- und einem Warenverzeichnis. Dem ersten Band sind zwei neue wichtige Verzeichnisse beigegeben, eine Zusammenstellung der Firmen nach Messtafeln und Straßen und ein Verzeichnis nach Orten. Beide Bände zusammen kosten 5 M., der einzelne Band 3 M. Bestellungen sind zu richten an das Messtafel für die Messen in Leipzig, Markt 4.

Dr. 1
Mitgli
aufst
rung
dent
bal
u n d
23. Mitg
tag
mit
u n d
25. Mitg
wöch
tag f
26. Mitg
tag
Statt
Sinn
unbe
27. Mitg
ist in
verh
organ
schem
ische
Frak
kurz
28. Mitg
trag
Heine
Schw
berle
29. Mitg
— es
Bürg
nügen
30. Mitg
bring
und
demol
findu
Kreuz
nanz
Land
grund
hande
31. Mitg
Reich
Erfas
tag
sofort
jäh
jante
frakti
munge
mögl
frakti
zwei
über
auf d
32. Mitg
Sozial
recht
rakter
chen
33. Mitg
wie d
Schul
34. Mitg
der e
im al
würde
35. Mitg
daß d
36. Mitg
Allme
me
26. Se
37. Mitg
Bege
teilic
tungen
Volle

Parlamentsberichte.

Zum Bericht der badischen Landtagsfraktion:

- 25. Mitgliedschaft Pforzheim. Der badische Landesparteitag beauftragt die badische Landtagsfraktion und die in der Regierung tätigen Genossen unter Zustimmung zu der auf dem deutschen Parteitag in Weimar gefassten Entschließung einer Einheitsrepublik für den deutschen Volksstaat mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Vereinigung von Baden und Württemberg zustande kommt.
- 26. Mitgliedschaft Schluchtern. Der Parteitag beauftragt die Landtagsfraktion und die Genossen in der Regierung, im Landtag mit aller Energie für die Vereinigung von Württemberg und Baden einzutreten.
- 27. Mitgliedschaft Karlsruhe. Die Landtagsfraktion möge dahin wirken, daß das Kampfmehrheitliche Heimstättengesetz dem Landtag so rasch als möglich zur Erledigung vorgelegt wird.
- 28. Mitgliedschaft Göttingen. Der Parteitag beauftragt die Landtagsfraktion unterzüglich dahin zu wirken, daß die Ausgestaltung des Lehrplans der Volkshochschule in freierwilliger Einmütigkeit in Angriff genommen und ausgebaut wird, eine unbedingte Neubearbeitung des Lehrbuchs ist erforderlich.
- 29. Mitgliedschaft Zieselhausen. Resolution: Die Versammlung ist im allgemeinen mit der Tätigkeit der Landtagsfraktion einverstanden, ist aber der Ansicht, daß in Bezug auf die Reorganisation der Staatsverwaltung, sowie auf kulturpolitischen Gebiet und in wirtschaftlicher Beziehung mehr hätte geschehen können. Die Versammlung erwartet weiter, daß die Fraktion in Verbindung mit den Parteigenossen für die nötige Aufklärung sorgt.
- 30. Mitgliedschaft Adolfszell. Die Landtagsfraktion wird beauftragt, bei der Regierung dahin zu wirken, daß bezüglich des Heinen Grenzverkehrs die Regierung Verhandlungen mit der Schweiz aufnehmen möge, damit die Zone im kleinen Grenzverkehr auf 20 Kilometer erweitert wird.
- 31. Mitgliedschaft Freiburg. Noch immer gibt es Beamte, welche entgegen dem Geiste der neuen Verfassung — auf die Bürgerehre und Menschenwürde von Volksgenossen nicht genügend Rücksicht nehmen. Die sozialdemokratische Fraktion wird ersucht, dafür einzutreten, daß gegen solche Beamte, wenn erforderlich, disziplinarisch eingeschritten wird. Der Landesparteitag in Karlsruhe wolle beschließen, beim badischen Arbeitsministerium zu beantragen, daß die Vorstandsstellvertreter (Geschäftsführer) der größeren Versicherungsämter, wie z. B. in Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, Freiburg und Konstanz, baldmöglichst mit tüchtigen und mit guter Vorbildung versehenen, erfahrenen Versicherungs-Beamten besetzt werden. Alle Beamten und Beamtinnen in Reich, Staat und Gemeinde sind nicht mehr mit besonderen Pensionen auszustatten. Sie sollen in Zukunft der Privatbeamtenversicherung des Deutschen Reiches unter den gleichen Bedingungen angeschlossen werden, wie die Privatbeamten. Reich, Staat und Gemeinde haben die auf sie entfallenden Beiträge für ihre Beamten und Beamtinnen nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen der Privatbeamtenversicherung zu leisten.
- 32. Mitgliedschaft Vörsach. Der Parteitag möge zum Ausdruck bringen, daß die badische Verfassung in der Frage der Kirche und Schule nicht den Erwartungen der organisierten sozialdemokratischen Wähler entspricht, und daß die finanzielle Abfindung der großherzoglichen Familienmitglieder in weiten Kreisen des badischen Volkes angesichts der schwierigen Finanzlage des Landes berechtigtes Aufsehen erregt. Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, entsprechend den Parteigrundsätzen, sowie dem Geiste der Revolution entschiedener zu handeln und aufzutreten.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion:

- 33. Mitgliedschaft Baden-Baden. Der Parteitag beschließt, die Reichsregierung zu ersuchen, möglichst schnell und reslos die Erfassung aller Kriegsgewinne durchzuführen. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, bei der Reichsregierung für eine sofortige Revision der gesamten Sozialgesetzgebung (Arbeiterlohn, Kranken- und Invalidenversicherung), sowie der gesamten Verwaltung energisch einzutreten. Die Reichstagsfraktion wolle dafür eintreten, daß alle unnötigen Beschlüssen, wie Hoflieferant, Kaiserl. Postamt usw., so rasch als möglich beseitigt werden. Des weiteren möge die Reichstagsfraktion dafür eintreten, daß bei den Eisenbahnen nur noch zwei Wagenklassen geführt werden. Die Reichsregierung wird ersucht, das gesamte Material über die Schuld oder Mißbrauch am Kriege rücksichtslos und auf dem schnellsten Wege der Öffentlichkeit zu unterbreiten.
- 34. Mitgliedschaft Mannheim. Resolution: Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Badens betrachtet es als ein Unrecht an der Jugend, wenn die Volkshochschule konfessionellen Charakter erhält, während Mittels- und Hochschulen von einer solchen Bindung befreit sind. Die Erziehung der deutschen Jugend zu reinem, edlem Menschentum darf ebensowenig Sache der politischen Parteien wie der religiösen Gemeinschaften sein. Nur die weltliche Schule darf in einem freien Volkstaat Raum haben. Mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln hat daher die Sozialdemokratische Partei jedem Versuch entgegenzuwirken, der eine freihetliche Entwicklung des deutschen Schulwesens im allgemeinen, wie des badischen im besonderen, hemmen würde.
- 35. Mitgliedschaft Karlsruhe. Der Parteitag möge betonen, daß die Sozialisierung des Heilwesens durch das Reich so rasch als möglich in Angriff genommen wird.
- 36. Mitgliedschaft Karlsruhe. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der Nationalversammlung sobald wie möglich ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, der die Hebernahme des gesamten staatlichen, kommunalen und privaten Versicherungswesens auf das Reich zum Ziele hat, so daß durch sofortigen und durchgreifenden Ausbau der Alters- und Invalidenversicherung mit entsprechendem Reichszuschuß auch der Arbeiterschaft im allgemeinen, ähnlich wie den Beamten, ein den Verhältnissen entsprechender Ansehens-, sowie eine Witwen- und Waisenrente gewährt werden kann.
- 37. Mitgliedschaft Zell i. B. Der Parteitag möge beschließen, daß in allen Orten, wo Mitgliedschaften bestehen, Bericht über die badische und Deutsche Nationalversammlung erstattet wird. Die Kosten sollen Landes- und Reichskasse gemeinschaftlich übernehmen.

Zur Gemeindepolitik:

26. Mitgliedschaft Heppenheim. Der Parteitag möge beschließen, die Allmendfrage durch Landesgesetz berart zu regeln, daß in Gemeinden mit Bürgerrenten die Bürger mit Vollendung des 25. Lebensjahres in den Genuß derselben kommen.

Sonstige Anträge:

27. Mitgliedschaft Vörsach. Der Landesvorstand wolle Mittel und Wege finden, um in Verbindung mit der unabhängigen Parteileitung und den Kommunisten die Einigung dieser Richtungen im Interesse der geschlossenen Aktion des werktätigen Volkes in politischer Hinsicht zu bewerkstelligen.

- 38. Mitgliedschaft Gaggen. Die Einigung der arbeitenden Klasse ist von größter Bedeutung für die Entwicklung und Ausführung des Sozialismus im Reich und in Baden. Der Landesvorstand wird deshalb beauftragt, mit allen Mitteln eine Einigung anzustreben. Lehnt dies der Landesvorstand ab, so muß eine Einigung über die Köpfe der Führer hinweg angestrebt werden. Die einzuschlagenden Wege überlassen wir dann den Genossen im Lande.
- 39. Mitgliedschaft Schwetzingen. Ein Parteimitglied, welches der Regierung angehört, kann nicht zugleich dem Parteivorstand angehören. Tritt ein Mitglied des Parteivorstandes in die Regierung ein, so scheidet dasselbe aus dem Vorstande aus. Von den Mitgliedern des Parteivorstandes dürfen nicht mehr als ein Drittel derselben Reichs- und Landtagsabgeordnete sein.
- 40. Kreisversammlung des alten 1. badischen Reichstagswahlkreises. Die Aufstellung der Kandidaten zur Reichsnationalversammlung, oder Reichstag hat, nachdem Baden einen Reichstagswahlkreis bildet, so zu geschehen, daß die Abgeordneten gleichmäßig auf Baden verteilt werden. In die ersten Stellen des Wahlvorschlags kommen die jeweiligen Kandidaten der einzelnen Landtagswahlkreise und dann in der Reihenfolge die Kandidaten jener Wahlkreise, welche bei den letzten Wahlen die höchsten Stimmzahlen aufwiesen. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt durch die Parteigenossen der einzelnen Landtagswahlkreise im Einvernehmen mit dem Landesvorstand.
- 41. Mitgliedschaft Freiburg. Zur Erinnerung an den 9. November den Tag der revolutionären Erhebung des deutschen Volkes, sind von der Sozialdemokratischen Partei im ganzen Lande Revolutionsfeiern abzuhalten, in denen durch Ansprachen der geschichtlich bedeutungsvolle Tag zu feiern ist.
- 42. Mitgliedschaft Karlsruhe. Als Sitz des Landesvorstandes ist Karlsruhe zu bestimmen.
- 43. Mitgliedschaft Vörsach. Der Landesparteitag wolle beschließen, den Parteitag 1920 in Vörsach abzuhalten.
- 44. Mitgliedschaft Zell i. B. Der Parteitag soll abwechslungsweise im badischen Oberland stattfinden.

Eine Rundgebung süddeutscher Städte zur Kohlenversorgung und zur Reichsregierung.

Stuttgart, 26. Aug. Vertreter der Städte Baden, Württemberg und Württemberg haben sich am 25. August im Gutshaus Rapphof unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Habermehl, Pforzheim zusammengefunden, um zur Frage der mangelhaften Kohlenversorgung und zu der von der Reichsfinanzverwaltung geplanten Steuererhebung Stellung zum Standpunkte der Gemeinden aus zu nehmen. Nach längerer Aussprache wurden einstimmig folgende Entschlüsse gefaßt: 1. Zur Kohlenversorgung: Die Vertreter der süddeutschen Städte erklären übereinstimmend die derzeitige Versorgung der Bevölkerung ihrer Städte mit Brennstoff für völlig unhaltbar und machen schon jetzt auf die katastrophalen und bald nach Eintritt des Winters infolge des Brennstoffmangels für Hausbrand, Gewerbe und Industrie zu erwartenden üblen Folgeerscheinungen aufmerksam. Sie fordern eine verstärkte Belieferung des Hausbrandes, der Gas- und Elektrizitätswerke, sowie der Industrie und eine Vorratung gegenüber denjenigen Landes- und Reichsteuern, die hinsichtlich der Zufuhrverhältnisse günstig liegen; sie erwarten von der Reichsregierung und ihren Landesregierungen energische Vorkehrungen und ein Eingreifen der obersten Reichsstellen zugunsten der Verbesserung der Versorgung Süds- und Südwestdeutschlands. An die Vergarbeiterkassen wenden sich die Vertreter der süddeutschen Städte in der Erwartung, daß die Not der süddeutschen Volksgenossen ihnen Veranlassung geben werde, die Kohlenförderung mit vermehrtem Nachdruck zu betreiben. Diese Entschlüsse sollen an den Reichspräsidenten, den Reichsminister für die Reichswirtschaftsministerien und die einzelnen Landesregierungen, sowie an die Vergarbeiterverbände gerichtet werden. Weiter wurde beschlossene, eine besondere Abordnung, der auch Vertreter der Arbeiterschaft angehören sollen, nach dem Ruhrgebiet und Mitteldeutschland zu entsenden, um an Ort und Stelle einen Einblick sowohl in die Förderungs-, als in die Transportverhältnisse zu gewinnen und mit der Arbeiterschaft persönlich Rücksprache zu nehmen. Je nachdem soll die Abordnung auch bei den betreffenden Reichsstellen persönlich vorstellig werden. 2. Zu der Reichssteuererhebung: Am Einkommen mit dem Vorbehalt des Deutschen Städtebundes nehmen die süddeutschen Städte gegen die von der Reichsregierung ansehnend geplante völlige Umgestaltung des gemeindlichen Steuerrechts Stellung. Die gänzliche oder fast gänzliche Ausschließung der Städte von Zuschlägen zu der Reichseinkommensteuer unter Verweisung auf Zuwendungen aus dem Ertragnis von Reichsteuern ist unannehmbar. Die Ertragssteuern sind gänzlich unangelegentlich, der bewegliche Faktor der gemeindlichen Besteuerung zu sein. Die Ansicht des Herrn Reichsfinanzministers, daß in Süddeutschland Aufrechterhaltung mit dem Ertragssteuersystem bestehe, ist irrig. Die Gemeinden verlangen Verzichtnahme auf gleichberechtigte Gruppe öffentlicher Verbände neben Kirchen und Bändern. Verlieren sie durch Zuweisung bestimmter Quoten oder Dotationen die Selbstständigkeit in der Besteuerung und in der Deutung ihres Bedarfs, so ist auch die Selbstverwaltung und das Gedeihen der Gemeinden vernichtet. Die Städte widerlegen sich nicht der steuerrechtlich richtigen Erfassung der Steuerquellen und ihrer Ordnung durch das Reich; sie beanspruchen auch nicht, bei allen Steuererhebungen nach eigenem Ermessen die Höhe mitzubestimmen; sie stimmen auch der Vereinfachung sogenannter Steuerarten zu, ebenso dem Belastungsausgleich zugunsten überbürdeter Gemeinden, halten aber die Erfüllung dieser Forderungen nur im Rahmen einer beweglichen Zuschläge zulassenden Einkommensteuer für möglich. Alle, denen das Wohlergehen der Städte am Herzen liegt, insbesondere auch die Mitglieder der Nationalversammlung, werden gebeten, der Untergrabung der gemeindlichen Selbstständigkeit Widerstand zu leisten.

Gewerkschaftliches.

Streik der Formner und Gießereiarbeiter in Sachsen. Aus Dresden wird den P. B. N. gemeldet: Die Formner und Gießereiarbeiter sämtlicher Eisen- und Metallgießereien haben für Montag den Streik beschlossen. — Die Leipziger Wahlen zum Metallarbeiterverband ergaben nur Wahlen von Unabhängigen. Internationaler Metallarbeiter-Kongress. Aus Bern wird dem „Vorwärts“ gemeldet: In der Sitzung des Zentralkomitees der Schweizer Metallarbeitergewerkschaften, die in Genève bei Bern am 23. August stattfand und an der Delegierte der belgischen, österreichischen und deutschen Metallarbeitergewerkschaften als Gäste teilnahmen, beschloß der Kongress der Schweizer Metallarbeiter die Wiederherstellung des internationalen Verbandes der Metallarbeitergewerkschaften. Der internationale Kongress wurde für den zweiten Sonntag im Februar 1920 in Bern festgesetzt. Kopenhagen, 26. Aug. Nach Blättermeldungen aus Stockholm ist der dortige Sechserstreik jetzt endgültig beendet. Der Ausstand endete mit einer vollkommenen Niederlage der Arbeiter.

Kommunalpolitik.

Zur Lage der Gemeindeangestellten.

Wer die Zeitungsberichte über die Bürgerauschüsse in letzter Zeit aufmerksam verfolgt, hat gefunden, daß allenthalben Erhöhungen der Bezüge der Gemeindeangestellten und Arbeiter stattgefunden haben, die in den größeren Gemeinden und den Städten den jetzigen Verhältnissen meiste oder weniger entsprechen; in Gemeinden aber, in denen in den Gemeindeverordneten-Kollegien das bürgerliche Element vorherrscht, sei es nun in der deutsch-nationalen, Zentrum- oder demokratischen Partei, ist es für die Gemeindeangestellten noch sehr übel bestellt. Sind doch in solchen Gemeinden noch „Gehälter“ und Löhne im Schmutz, die vor 15—20 Jahren festgesetzt wurden und denen in den letzten Kriegsjahren gütigstenfalls eine ebenfalls meist ungenügende Teuerungszulage beigegeben wurde. Da durch das jetzige Wahlrecht es auch den minderbemittelten Volksschichten möglich gemacht ist, aus ihren Reihen Leute als Verwaltungs-, Polizei- und Beamte in die Gemeindeverwaltungen zu entsenden, hat unsere Partei als kampfkundigste Vertreterin dieser Volksschichten ein großes Interesse an der zeitgemäßen Beschaffung dieser Stellen. Bis jetzt ist von Regierungsseite soviel wie gar nichts geschehen, den Gemeindeangestellten eine ähnliche Bezahlung für ihre Dienstleistungen zu sichern, wie dies den Staatsbeamten und Arbeitern gegenüber bereits geschehen ist. Man hört nur, daß die Bezirksamter auf die Besserstellung der Gemeindeangestellten hinarbeiten wollen. Diese entledigen sich dieser Verpflichtung, indem eine Anfrage an die Gemeinden über die Gehalts- und Lohnverhältnisse ihrer Angestellten hinausschickt, die allenfalls beantwortet wird und dabei hat es für lange Zeit sein Bewenden. Der Staat bzw. die Regierung hat in den letzten Jahren den Gemeinden eine Unmenge von Arbeiten in der Lebensmittelversorgung usw. aufgetragen und den damit Beschäftigten ist es meistens nicht möglich gewesen, sich die Zufriedenheit der zu Verordnenden zu erwerben, da ja bekanntlich nicht überall da war, die Ansprüche der Versorgungsberechtigten zu erfüllen. Auf der andern Seite mußten die Gemeindebeamten den Selbstverforgern und zur Hochbe- verpflichteten Landwirten gegenüber oftmals sehr energisch auftreten, um die Erfüllung ihrer Abgabepflicht anzuhalten und haben sich auch bei dieser Einwohnerkategorie keine Sympathien erwerben können, um diese Gemeindebeamten eine zeitgemäße Entlohnung erhalten zu können. Sie tritt in den Gemeindeverordnetenkollegien vielfach noch das persönliche Moment dem Einzelnen gegenüber in den Vordergrund und dies trifft gerade diejenigen am härtesten, die ihre Pflicht dem Staate gegenüber am pünktlichsten erfüllt haben. Nachdem also bereits alle Beamtenkategorien im Staatsdienste mit einer wenigstens einigermaßen hinreichenden Besserstellung bedacht wurden, sollte es nicht allein den ländlichen Bürgerauschüssen und Gemeinderäten anheimgestellt bleiben, über die Bezahlung ihrer Beamten und Angestellten zu befinden, es müßte vielmehr in aller Eile eine Revisionsinstanz geschaffen werden, an die sich die Gemeindebeamten wenden könnten, falls ihnen seitens ihrer Gemeindeverwaltungen eine zeitgemäße Bezahlung verweigert wird. Dieser „Gehaltsregelungskommission“ hätten u. E. Vertreter von Gemeindebeamten des Amtsbezirks sowie solche des Bezirksamtes vielleicht unter dem Vorhinein eines höheren Verwaltungsbeamten (Oberamtmannes) anzugehören und es wäre für die entgeltliche Gehaltsfestsetzung zu übertragen. Dies sieht vielleicht wie ein Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden aus; aber dasselbe wird ja auch bei Festsetzung der Gehälter der Volksschullehrer und in vielen anderen Fällen gemacht. Auch in dem privaten Betrieb kann nicht mehr der Arbeitgeber allein die Bezahlung seiner Angestellten und Arbeiter regeln; für diese sind die Zeiten des Selbstherrschens hoffentlich entgültig vorbei, sollte dies nicht auch für die Landgemeinden gelten? Wir meinen, wenn der Staat das Recht hat, den Gemeindebeamten Arbeiten zu übertragen, so hat er auch die Pflicht, sich um eine zeitgemäße Bezahlung derselben zu kümmern. Wir möchten deshalb die maßgebenden Stellen, insbesondere aber das Ministerium des Innern, eruchen, die Vereinfachung der von uns geschilderten Zustände durch eine Verordnung zu regeln und in aller Eile dem Landtage einen Entwurf über ein Gemeindebeamtengesetz vorzulegen, damit auch die Gemeindeangestellten zu ihrem Rechte kommen. In der jetzigen Zeit, in der es der landwirtschaftlich-treibenden Bevölkerung gewiß nicht schlecht geht, muß es auch ermöglicht werden, die der Gemeinde geleisteten Dienste ohne Rücksicht auf die Persönlichkeit oder politische Gesinnung derselben ausreichend zu bezahlen.

Hügelsheim, 26. Aug. Man schreibt uns: Während überall die Auslandslebensmittel zu dem vom Reich vorgeschriebenen billigen Preis verkauft werden, scheint der hiesige Gemeinderat der Meinung zu sein, daß in Hügelsheim nur reiche Leute wohnen, welche teure Preise zahlen können. Er setzt sich mit der größten Selbstverständlichkeit über die Bestimmungen hinweg und verkauft das Auslandsmehl statt zu dem vorgeschriebenen Preis von 1,66 M das Kilogramm zu 1,50 M das Pfund. Gibt es denn kein Mittel, einem derart willkürlichen Treiben ein Ende zu bereiten? Wenn ein Arbeiter gezwungen ist, höheren Lohn zu fordern, so wird ihm stets und ständig vorgerechnet, um wieviel billiger er leben könne, da er die Auslandslebensmittel zu ermäßigtem Preis erhalte. Wir fordern von den Behörden, daß darüber gewacht wird, daß auf dem Lande auch die vorgeschriebenen Preise eingehalten werden und nicht von einzelnen Gemeinden Schiebung gemacht wird.

Seibelsheim, 25. Aug. Der Stadtrat hat sich mit dem vom Ministerium des Innern mitgeteilten Gesetzentwurf über die Vereinfachung von Wahlen mit Hebelberg einverstanden erklärt. — Nachdem von der Staatsregierung die Genehmigung zur Ausbeutung der erbobenen Solquelle erteilt worden ist, hat die Stadtwahlverwaltung zur Vorbereitung der weiteren Maßnahme zur Ausnützung dieser Quelle einen besonderen Ausschuß gebildet.

Konstanz, 25. Aug. Der Stadtrat hat die neuerlichen Lohnforderungen der städt. Arbeiter abgelehnt. Der abgelehnte Lohnstreik bleibt bis 1. April n. J. in Kraft.

Aus der Partei.

Dürmersheim, 25. Aug. Der Sozialdemokratische Wahlverein hatte auf seinen mittags 1 Uhr seine Mitglieder zu einer gut besuchten General- bzw. Monatsversammlung eingeladen, die vom ersten Vorsitzenden, Gen. Coop. Gail

Zum Schulinспекtor in Karlsruhe wurde Hauptlehrer Dr. Georg Laule von der Volksschule in Heidelberg durch das Unterrichtsministerium ernannt. Dr. Laule gilt als außerordentlich kenntnisreicher Schulmann und ausgezeichnete Lehrer. Er wirkte 20 Jahre an der Heidelberger Volksschule. Im Jahre 1918 promovierte er an der Universität Würzburg zum Doktor der Philosophie mit einer Arbeit über die Pädagogik Friedrich Bauersens.

Von der Altbahn. Aus Ruppurr überläßt man uns: Die Altbahn geht nun scheinbar ihrer Auflösung entgegen. In den letzten Tagen werden ihre Zuckungen immer schwächer und die Zeit ist nicht mehr fern, wo sie kein Lebenszeichen mehr von sich gibt. Wir würden ihr keine Thräne nachweinen, wenn wir und viele andere nicht jeden Tag nach Karlsruhe zur Arbeit mühten. Wir haben immer noch die schwache Hoffnung, daß man Dundersteine von arbeitenden Menschen nicht einfach ihrem Schicksal überläßt; daß endlich Verhältnisse geschaffen werden, die den Altbahnfahrern eine Existenz ermöglichen. Von der Altbahn-Gesellschaft erwarten wir das nicht; die hat bis jetzt vollständig verriegt und wird es auch in Zukunft tun; was sie meisterhaft versteht, ist die fortwährende Steigerung der Fahrpreise. Wir verlangen, daß der Staat die Bahn übernimmt. Begründet ist dieses Verlangen genügend damit, daß die Gesellschaft nicht in der Lage ist, die Verkehrsbedürfnisse der hiesigen und der Altbahnbesitzer zu befriedigen. Wir Ruppurrer verlangen ferner von der Karlsruher Stadterwaltung, daß die Straßenbahn herauskommt. Unsere Eingabe an den Stadtrat, Finanz- und Arbeitsministerium betreffs Altbahn ist bis heute noch nicht beantwortet. Mit dieser Verschleppungspolitik ist uns aber nicht geholfen. Wir erwarten, daß jetzt in der Sache einmal ganze Arbeit gemacht wird und daß man nicht nur die Direktion der Altbahn hört, sondern in erster Linie die Leidtragenden.

Fußball. Der Fußball-Club Mühlburg veranstaltet heute Mittwoch, den 27. August, ein Wohltätigkeitspiel, dessen Erlös zugunsten unserer heimkehrenden Kriegsgefangenen verwendet werden soll. Zu diesem Spiel hat sich Mühlburg die

Ausenspieler Mannheim verpflichtet. Das Spiel findet auf dem Sportplatz an der Konigsstraße statt; der Beginn des Wettkampfes ist auf 7 1/2 Uhr abends festgesetzt.

Konzert im Stadtpark. Heute Mittwoch nachmittags findet im Stadtpark ein Konzert der Grenadierkapelle unter Leitung des Herrn Oboenkapellmeisters Veerhagen statt. (Siehe Anzeige.)

Letzte Nachrichten.

Internationale Bergarbeiterkonferenz. Berlin, 27. Aug. (Tel.-Tel.) Dem „Vorwärts“ zufolge finden heute in Amsterdam Besprechungen zwischen den Führern der Bergarbeiterbewegung aller Länder über die Abhaltung eines internationalen Bergarbeiterkongresses statt. Die britischen Bergarbeiter sind durch Smillie und Godges vertreten. Die deutschen Delegierten trafen gestern bis auf Sie schon ein.

Landesauswahlgewahl in Lippe. Berlin, 26. Aug. (Priv.-Tel.) In den Landesauswahlen des früheren Fürstentums Lippe wurden nach dem „Vorwärts“ gewählt: 11 Mehrheitssozialisten, 8 Deutschnationale, 6 Demokraten, 1 Unabhängiger. Gegen die letzten Wahlen vom 23. Februar gewannen die Deutschnationalen 1190 Stimmen, die Deutsche Volkspartei 159, wogegen die Demokraten 927 Stimmen verloren und die beiden sozialistischen Parteien 1354 Stimmen einbüßten.

Der Niedergang der sozialistischen Stimmen ist als „Erfolg“ der U.S.P. zu buchen, die mit ihrem Untergang die Sache des Sozialismus ungemein schädigt. Was dabei herauskommt, zeigt die folgende Tabelle.

Berlin, 26. Aug. Heute nachmittags fand in den Räumen der Reichsbank die Gründung der Reichsanleihe-Aktien-Gesellschaft statt. Das Kapital beträgt 400 Millionen Mark, auf welches zunächst 25 Prozent eingezahlt sind.

Berlin, 27. Aug. Die Dresdener Bankbeamten haben dem „Vorwärts“ zufolge gestern abend beschlossen, am 1. September die Arbeit wiederzulegen nachdem die Verhandlungen es abgelehnt haben einen Tarifabschluss bis zum 20. d. M. zu unterzeichnen.

W.B. Bad Gomburg, 26. Aug. Der Stab der Gruppe Rhein erhielt heute vormittag die Mitteilung, daß der von den Engländern angeforderte sofortige Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen vom 1. September ab abgelehnt worden ist. Der Stand der Gefangenentrage ist daher einstweilen unverändert.

Verfalltes, 26. Aug. Nach Meldungen aus Marzelle ruht heute die Arbeit im dortigen Hafen vollkommen, so daß selbst eingetroffene Gemüseladungen nicht entladen werden können. Der Verfall soll den Unternehmern vorgeschlagen haben, Arbeiter aus den Kolonien kommen zu lassen.

Amsterdam, 26. Aug. Der „Telegraaf“ meldet aus Brüssel, daß ein deutscher Kriegsgefangener, der bei Caband verhaftet, nach Holland zu flüchten von der belgischen Grenzwaache erschossen wurde.

Verantwortlich: für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeigen.

Grünmettersbach. (Sozialdem. Verein.) Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr im Gasthaus zum „Ablen“ Versammlung, wozu auch die Volkseigenen eingeladen sind. Wegen wichtiger Sache ist es Pflicht, vollzählig zu erscheinen. Also bleibe keiner fern!

Telephon 5448

Welt-Kino

133 Kaiserstrasse Kaiserstrasse 133

Mittwoch, den 27. bis Freitag, den 29. August 1919

Der grosse sensationelle Detektivsclager

Der Herr mit der Dogge

Mac Canters seltsames Erlebnis

in vier spannenden Akten.

Sensation über Sensation! Abenteuer über Abenteuer!

Bertram im gefährlichen Alter

Urgelungenes Lustspiel in vier Akten von Toni Attenberger.

In der Hauptrolle:

Franz Seitz und Lotte Stein.

Motto: Das Lachen ist des Lebens beste Medizin.

Rudolph Holl, Dentist

Karlsruhe, Ritterstr. 8, neben Warenhaus Tietz

Ferrarr 2798. 4102

Sprechstunden: 9-12 und 2-6 Uhr.

Samstag nachm. und Sonntag keine Sprechstunde.

Die Vereinigung der Unternehmer der Karlsruher Reinigungs-Institute

gestatten sich hiermit ganz ergebenst der verehrlichen Kundenschaft zur Kenntnis zu bringen, daß sie mit Rücksicht auf die allgemeine Keuerung, der sehr hohen Arbeitslöhne und Materialpreise, insbesondere Leber etc., rückwirkend ab 1. August d. J. einen allgemeinen Preisaufschlag eintreten lassen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß unsere werthe Kundenschaft dies den heutigen Verhältnissen entsprechend billigt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Die Vereinigung Karlsruher Fensterreinigungs-Unternehmer:

F. W. Miethe, Kronenstr. 12/14

Süddeutsch. Reinigungs-Institut

Kaiserstr. 34 a

Karl Reiß, Brunnenstr. 1

Adolf Kiesel, Rudolfstr. 25

August Wipfler, Luisenstr. 67.

Elegante Herren-, Damen- und Knaben-garderobe

fertigt schnell und billig Umarbeiten-Reparaturen.

Anton Kuhn, 2000 Ruppurrerstr. 20, S. I/III.



K.F.C. PHONIX

PHONIX - AIRMANIA

Seite Mittwoch Abend um 8 1/2 Uhr im „Söwenschen“ außerordentliche

Graue Haare

u. Bart erb. garant. dauernd Naturf. u. Jugendfr. wieb. d. umf. felt 12 Rabr. Best. bew. „Martique“ 4001

Kauf v. Nachbest. H. A. 4. Radn. nur durch Sanis Versand München 26.

Mitglieder-Versammlung

Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Tagesordnung:

Anstellung eines Trainers.

5895 Der Vorstand.

Zwei 5 und 6 Monate alte, weiße hornlose Saanen-Zuchtböcke

unter Garantie für Sprungfähigkeit zu verkaufen bei Theodor Kem, Ruppurrerstr. 124. 5886

Blinden-Arbeit

Gesundheit ist Reichthum

Bestellen Sie sofort die Broschüre

Der beste Schutz vor Geschlechtskrankheiten

Bringt dem Kranken Gesundheit und schützt den Gesunden. 5812x

Preis 2.50 Nachn.

Versandhaus Sanitas Forst i. L. Abt. VI.

Rastatt. Rastatt.

Verkauf von Alt- u. Möbel

Besichtigung ohne Kaufzwang erlaublich.

Karl Rauch, Ritterstr. 40. Kaiserstr. 40.

Volks-Buchhandlung der Sozialdem. Partei

Karlsruhe, Adlerstrasse 16

empfehlen:

Die neue badische Verfassung mit Porte 70 Pfennig.

Die Gemeinde-, Bezirks- und Kreiswahlen Preis 40 Pfennig, Porto 5 Pfennig.

Die neue Gemeindeordnung Preis 3.- Mark, Porto 10 Pfennig.

Behanntmachung.

(Die amtliche Behandlung von Fundstücken.)

Im Stadtpark wurden in der Zeit vom 1. August 1918 bis 31. Juli 1919 Gelbbüchel, Handtäschchen, Schmuckstücke und sonstige Gegenstände aufgefunden.

Die Empfangsberechtigten werden hiermit gemäß § 980 B. G. B. aufgefordert, ihre Rechte an den oben angeführten Gegenständen binnen 3 Wochen bei dem städt. Gartenamt, Etilingerstr. 6, anzumelden, widrigenfalls die fraglichen Gegenstände, soweit sie sich dazu eignen, gemäß § 979 B. G. B. versteigert werden.

Städt. Gartenamt.

W. MUND, ARCH.

KARLSRUHE - MAXAUSTRASSE 26

Standesbuch-Anzüge der Stadt Karlsruhe

Chefschleusen. Ernst Koppel von Friedrichstal, Nr. Saarbrücken, Kaufmann hier, mit Mary Schütz von London-Wellington, Friedrich Straß von Oberbach, Kaufm. hier, mit Eva Löwe von Höltingen, Max Schneider von Hohenstegen, Kaufm. in Ehlingen a. R., mit Maria Kammerer von Straßburg, Kaver Schwend von Buhl, Kaufm.-Assistent hier, mit Mari. Frick Wittke v. Baden, Hermann Mayer von Reichenhausen a. Silder, Duro-monteur alda, mit Maria Hiesle von Gugenbach, Fr. Reinhard von Königheim, Sol.-Feiler hier, mit Barbara Flay von Raiffammer, Todesfälle. Elisabeth Wegel, ledig, Privat, alt 65 Jahre, Benjamin Leos, Witwer, Kaufmann, alt 77 Jahre, Friedrich Geisen-dörfer, Chemann, Privatm., alt 80 Jahre, Emilie Effig, alt 81 Jahre, Witwe des Stadtdiag. Simon Effig.

Schlecht-Schreiber

verlangen Prospekt für Fernunterricht

zur sich. Erlangung einer Flotten Handschrift

Spezial-Schreib- Institut F. Buck, Karlsruhe, Leisingstr. 78. 5780

Sie rauchen zu viel

„Kausertrost“ 5760

Tabletten (gef. gesch.) ermöglichen, das Rauchen ganz oder theilw. einzustellen. Unschädlich! 1 Schachtel M. 2, 6 Schachteln M. 10 frei Nachn. Versand Hansa, Hamburg 252/151.

Zu kaufen gesucht: Gebrauchte Betten und Sofa, wenn auch defekt. Wunsch, Adlerstr. 36. Postkarte genügt. 5897

Residenz-Lichtspiele

Nur bis Freitag!

<p>Waldstrasse 30</p> <h3>Schatten der Vergangenheit</h3> <p>Filmschauspiel in vier Akten.</p> <p>In den Hauptrollen: Lotte Neumann, Carl Beckersachs.</p> <h3>Die Stadt ohne Lachen</h3> <p>Herrliches Drama mit eigenartigen Ideen in vier Akten voll aufwühlender Gewalt von Toni Attenberger.</p> <p>In den Hauptrollen: Egon Clauder u. Fr. Annemarie Holsten (Karlsruherin)</p> <p>Künstler-Kapelle</p> <p>Einlass 1/3 Uhr Anfang 8 Uhr.</p>	<p>Schillerstr. 22</p> <h3>100000 Dollar oder Der rote Jack</h3> <p>Sensationsfilm von Georg Kaiser in vier Akten.</p> <p>In der Hauptrolle: Ada Von Ehlers.</p> <h3>Wo ist Coletti?</h3> <p>Urgelungenes Posse von Max Maack in drei Akten. Ort der Handlung: Berlin.</p> <p>Anna Müller-Linke.</p> <p>Künstler-Kapelle.</p> <p>Einlass 1/3 Uhr, Anf. 8 Uhr.</p>	<p>Kaiserstr. 5</p> <h3>Leichtsinn und Genie</h3> <p>Schauspiel in fünf Akten. Mit Benützung von Alexander Dumas' Drama „Kean“.</p> <p>In der Hauptrolle: Friedrich Zelnik.</p> <h3>Die goldene 15</h3> <p>Lustspiel in drei Akten. Eine reizende Backfischgeschichte.</p> <p>Kopenhagen</p> <p>Naturaufnahme.</p>	<p>Durlach Grüner Hof</p> <h3>Die Gräfin mit dem Reiher</h3> <p>Drama in vier Akten.</p> <h3>Lissy und ihre Verehrer</h3> <p>Lustspiel in drei Akten.</p> <p>Ab Samstag</p> <h3>Der rote Jack.</h3>
--	---	--	---

Hafenstr. mit Hafen

zu verkaufen. Zu erfragen bei Vogel, Augustenstr. 1.

Galerie Moos

Kaiserstrasse 187 L

Juli-August 4000

42. Sonderausstellung „Schwarzwald“

Geöffnet: Werktags: 10-8 Uhr. Sonntags: 11-1 Uhr.

31. August

den 27. August

den 28. August

den 29. August

den 30. August

den 31. August

den 1. September

den 2. September

den 3. September

den 4. September

den 5. September

den 6. September

den 7. September

den 8. September

den 9. September

den 10. September

den 11. September

den 12. September

den 13. September

den 14. September

den 15. September

den 16. September

den 17. September

den 18. September

den 19. September

den 20. September

den 21. September

den 22. September

den 23. September

den 24. September

den 25. September

den 26. September

den 27. September

den 28. September

den 29. September

den 30. September

den 1. Oktober

den 2. Oktober

den 3. Oktober

den 4. Oktober

den 5. Oktober

den 6. Oktober

den 7. Oktober

den 8. Oktober

den 9. Oktober

den 10. Oktober

den 11. Oktober

den 12. Oktober

den 13. Oktober

den 14. Oktober

den 15. Oktober

den 16. Oktober

den 17. Oktober

den 18. Oktober

den 19. Oktober

den 20. Oktober

den 21. Oktober

den 22. Oktober

den 23. Oktober

den 24. Oktober

den 25. Oktober

den 26. Oktober

den 27. Oktober

den 28. Oktober

den 29. Oktober

den 30. Oktober

den 31. Oktober

den 1. November

den 2. November

den 3. November

den 4. November

den 5. November

den 6. November

den 7. November

den 8. November

den 9. November

den 10. November

den 11. November

den 12. November

den 13. November

den 14. November

den 15. November

den 16. November

den 17. November

den 18. November

den 19. November

den 20. November

den 21. November

den 22. November

den 23. November

den 24. November

den 25. November

den 26. November

den 27. November

den 28. November

den 29. November

den 30. November

den 1. Dezember

den 2. Dezember

den 3. Dezember

den 4. Dezember

den 5. Dezember

den 6. Dezember

den 7. Dezember

den 8. Dezember

den 9. Dezember

den 10. Dezember

den 11. Dezember

den 12. Dezember

den 13. Dezember

den 14. Dezember

den 15. Dezember

den 16. Dezember

den 17. Dezember

den 18. Dezember

den 19. Dezember

den 20. Dezember

den 21. Dezember

den 22. Dezember

den 23. Dezember

den 24. Dezember

den 25. Dezember

den 26. Dezember

den 27. Dezember

den 28. Dezember

den 29. Dezember

den 30. Dezember

den 31. Dezember

31. August

den 27. August

den 28. August

den 29. August

den 30. August

den 31. August

den 1. September

den 2. September

den 3. September

den 4. September

den 5. September

den 6. September

den 7. September

den 8. September

den 9. September

den 10. September

den 11. September

den 12. September

den 13. September

den 14. September

den 15. September

den 16. September

den 17. September

den 18. September

den 19. September

den 20. September

den 21. September

den 22. September

den 23. September

den 24. September

den 25. September

den 26. September

den 27. September

den 28. September

den 29. September

den 30. September

den 1. Oktober

den 2. Oktober

den 3. Oktober

den 4. Oktober

den 5. Oktober

den 6. Oktober

den 7. Oktober

den 8. Oktober

den 9. Oktober

den 10. Oktober

den 11. Oktober

den 12. Oktober

den 13. Oktober

den 14. Oktober

den 15. Oktober

den 16. Oktober

den 17. Oktober

den 18. Oktober

den 19. Oktober

den 20. Oktober

den 21. Oktober

den 22. Oktober

den 23. Oktober

den 24. Oktober

den 25. Oktober

den 26. Oktober

den 27. Oktober

den 28. Oktober

den 29. Oktober

den 30. Oktober

den 31. Oktober

den 1. November

den 2. November

den 3. November

den 4. November

den 5. November

den 6. November

den 7. November

den 8. November

den 9. November

den 10. November

den 11. November

den 12. November

den 13. November

den 14. November

den 15. November

den 16. November

den 17. November

den 18. November

den 19. November

den 20. November

den 21. November

den 22. November

den 23. November

den 24. November

den 25. November

den 26. November

den 27. November

den 28. November

den 29. November

den 30. November

den 1. Dezember

den 2. Dezember

den 3. Dezember

den 4. Dezember

den 5. Dezember

den 6. Dezember

den 7. Dezember

den 8. Dezember

den 9. Dezember

den 10. Dezember

den 11. Dezember

den 12. Dezember

den 13. Dezember

den 14. Dezember

den 15. Dezember

den 16. Dezember

den 17. Dezember

den 18. Dezember

den 19. Dezember

den 20. Dezember

den 21. Dezember

den 22. Dezember

den 23. Dezember

den 24. Dezember

den 25. Dezember

den 26. Dezember

den 27. Dezember

den 28. Dezember

den 29. Dezember

den 30. Dezember

den 31. Dezember

31. August

den 27. August

den 28. August

den 29. August

den 30. August

den 31. August

den 1. September

den 2. September

den 3. September

den 4. September

den 5. September

den 6. September

den 7. September

den 8. September

den 9. September

den 10. September

den 11. September

den 12. September

den 13. September

den 14. September

den 15. September

den 16. September

den 17. September

den 18. September

den 19. September

den 20. September

den 21. September

den 22. September

den 23. September

den 24. September

den 25. September

den 26. September

den 27. September

den 28. September

den 29. September

den 30. September

den 1. Oktober

den 2. Oktober

den 3. Oktober

den 4. Oktober

den 5. Oktober

den 6. Oktober

den 7. Oktober

den 8. Oktober

den 9. Oktober

den 10. Oktober

den 11. Oktober

den 12. Oktober

den 13. Oktober

den 14. Oktober

den 15. Oktober

den 16. Oktober

den 17. Oktober

den 18. Oktober

den 19. Oktober

den 20. Oktober

den 21. Oktober

den 22. Oktober

den 23. Oktober

den 24. Oktober

den 25. Oktober

den 26. Oktober

den 27. Oktober

den 28. Oktober

den 29. Oktober

den 30. Oktober

den 31. Oktober

den 1. November

den 2. November

den 3. November

den 4. November

den 5. November

den 6. November

den 7. November

den 8. November

den 9. November

den 10. November

den 11. November

den 12. November

den 13. November

den 14. November

den 15. November

den 16. November

den 17. November

den 18. November

den 19. November

den 20. November

den 21. November

den 22. November

den 23. November

den 24. November

den 25. November

den 26. November

den 27. November

den 28. November

den 29. November

den 30. November

den 1. Dezember

den 2. Dezember

den 3. Dezember

den 4. Dezember

den 5. Dezember

den 6. Dezember

den 7. Dezember

den 8. Dezember

den 9. Dezember

den 10. Dezember

den 11. Dezember

den 12. Dezember

den 13. Dezember

den 14. Dezember

den 15. Dezember

den 16. Dezember

den 17. Dezember

den 18. Dezember

den 19. Dezember

den 20. Dezember

den 21. Dezember

den 22. Dezember

den 23. Dezember

den 24. Dezember

den 25. Dezember

den 26. Dezember

den 27. Dezember

den 28. Dezember

den 29. Dezember

den 30. Dezember

den 31. Dezember

Bekanntmachung.

Betrifft Änderung der Gas-, Strom- und Wasserbezugsordnung

Der Bürgerausschuss hat in seiner Sitzung vom 20. ds. Mts. den Änderungen der Gas-, Strom- und Wasserbezugsordnung, wie sie in unserer Bekanntmachung vom 28. Juni ds. Jrs. veröffentlicht worden sind, mit der Maßgabe zugestimmt, daß, entsprechend unserem nachträglich gestellten Antrage, die Sätze für den Gaspreis in den §§ 13 und 15 der Gasbezugsordnung und für den Strompreis in den §§ 15 Buchstabe a und 16 der Strombezugsordnung jeweils um 5 % der Preis in § 15 Buchstabe b um 3 % erhöht werde. Der Preis in Buchstabe 16 c der Strombezugsordnung stellt sich dementsprechend auf 10 M 20 J.

Gemäß dem Beschlusse des Bürgerausschusses vom 20. ds. Mts. bleibt ferner der Bürgerausschussbeschluss vom 27. Juli 1917, wonach der Stadtrat ermächtigt wurde, für die Dauer des Kohlenmangels den § 15 der Gasbezugsordnung (Preisermäßigungen für Großverbraucher) und den § 16 der Strombezugsordnung (Gewährung von Verbraucherrabatt) außer Geltung zu setzen, bis auf Weiteres in Kraft.

Karlsruhe, den 23. August 1919.
Der Stadtrat.

Kartoffel-Verteilung.

Für die Woche vom 25. bis 31. August 1919 kommen ab Mittwoch, den 27. August, auf die Kartoffelmarkte A Nr. 119 mit Anhang, 5 Pfund Kartoffel zur Verteilung. Preis 17 Pfg. für 1 Pfund.

Karlsruhe, den 26. August 1919. 5888
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Uhren-

Reparaturen werden prompt und billig ausgeführt
Karl Zepfel, Uhrmacher
Gute Werber- u. Morgenstraße.
Ankauf von Gold, Silber und Uhren.

Bergebung

von
Installations-, Schlosser- und Anstreicherarbeiten.

Obgenannte Arbeiten zu den Wohnhäusern für die Gemein. Baugenossenschaft Grödingen e. G. m. b. H. sollen im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden. Angebote sind portofrei, versiegelt mit entsprechender Aufschrift versehen und unterschrieben spätestens am Dienstag, den 2. September, vormittags 11 Uhr hierher einzureichen. Zeichnungen und Bedingungen können während der Geschäftsstunden beim Ortsbauamt eingesehen werden, wo auch die Angebotsformulare gegen Erstattung der Versteilfertigungs-kosten in Empfang genommen werden können.

Grödingen, den 26. August 1919.

Die Bauleitung:
Rimmler.

Von der Reise zurück P. C. R. Lange

Behandlung von Frauenleiden

nach Thure Brandt 5885

(Naturheilverfahren).

Karlsruhe, Viktorlastraße 18 III

Sprechstunden 9-11 vormittags.

Von der Reise zurück

Adolf Heinsheimer

Zahnarzt 5881

Telefon 594 Kaiserstrasse 189.

Email-Geschirre

werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 4003

Geschirr-Reparaturanstalt

Karlsruhe, Körnerstr. 35, im Hof. Telefon 1421.

Städtisches Konzerthaus.

Mittwoch, den 27. August 1919. 5892

Die Rose von Stambul.

Operette in 3 Akten von Julius Brammer und

A. Grünwald. Musik von Leo Fall.

Anfang 1/8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Hausierer (innen)

erhalten lohnende Gebrauchsartikel und

Neuheiten die gerne gekauft werden. 5889

Amalienstraße 39 II. Stock.

Palast-Lichtspiele

Nur 3 Tage!

Hilde Wörner

und

Bruno Decarli

in

Das Lächeln der kleinen Beate.

Drama in 4 Akten von Maria Luise Droop, der

Verfasserin des Filmwerks

Die Lieblingsfrau des Maharadscha.

1. Film der Hilde Wörner-Serie 1919/20.

Arno Starks Kraft

im

Kampf zwischen Handwerk u. Maschine

Soziales Drama in 4 Akten

von Fritz Prochnowski.

Ein Filmwerk von bezwingender Eigenart und glänzender

Darstellungskunst. 5884

Künstler-Kapelle

Leitung: Kapellmeister Freudig.

Einladung!

Zum Zwecke des Zusammenschlusses der selbständigen Privat-

architekten Badens findet am

Freitag, den 29. August 1919, nachmittags 2 Uhr

im Rathsaal der Hauptstadt Karlsruhe ein

Badischer Architektentag

statt. Es werden sprechen:

Der Verwaltungsdirektor der Deutschen Architektenkammer Herr Dr. Posener über den Zusammenschluß der deutschen und deutsch-österreichischen Privatarchitekten. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Karlsruhe des B.D.A. Herr Architekt Deines über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich und Belgien.

Im Anschluß an diese Vorträge Beratung und Beschlußfassung über den Zusammenschluß der bad. selbständigen Privatarchitekten. Begrüßung der auswärtigen Herren Kollegen 1/2 Uhr im Stadtparkrestaurant (Frühstück). Alle selbständigen Privatarchitekten Badens (nicht Unternehmer) sind zu dieser Tagung aufs dringende eingeladen.

Deines, Architekt B.D.A. 5880

Kleider-Reparatur-Anstalt

„Blitz“

Inh. L. Gramlich 4902

Nur Zähringerstr. 41a nächst der Kronenstr.

— Telephon Nr. 2590. —

Reparieren, Wenden, Aendern, Aufbügeln und Reinigen sämtlicher Herren- und Damengarderobe. Umarbeiten von Uniformen in Zivilkleidungsstücke.

Stadtgarten.

Nur bei gutem Wetter. 5882

Mittwoch, den 27. August, nachm. von 4-1/2 Uhr

Konzert

der Kapelle des

1. Bad. Reichswehr-Regts. 27.

Leitung: Obermusikmeister Bernhagen.

Eintrittspreise wie bekannt, zusätzl. 5 & Luftfahrtssteuer.

Frauenschutz

Vorf. Frauen lassen sich

kostenlos unj. Prozedure über

unsere hygien. Schutzartikel

senden. Rückporto beilegen.

Moera-Verband

Fürth i. B., Sommer-

straße 3. 5574 z

Bester Zabler

für getr. Kleider, Schuhe,

Reiszeug, Lumpen, Papier,

Altmittel, Flaschen, Steller-

und Speckstram. 5830

N. Wietz, Kalkenstr. 35.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Filiale Karlsruhe).

Donnerstag, den 28. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 18, eine

Allgem. Gemeindearbeiter-Versammlung

statt, zu der wir die Kollegen und Kolleginnen sämtlicher städtischer Betriebe höflichst einladen.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zu den Anträgen betreffs Teuerungs-Zulage.

Referent Gauweiler Bürger.

Die Herren Stadträte und Bürgerausschussmitglieder, ebenso die Herren Vertreter der Presse sind ebenfalls höflichst eingeladen.

Die Ortsverwaltung:

J. A.: August Karher.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebenen Ortsgruppe Karlsruhe, Zirkel 33.

Bis Montag, den 8. September findet bei unseren Mitgliedern

Kamerad Schlegel, Kaiserstrasse 124 b

(in Firma Mehle & Schlegel)

und Kamerad Wertheimer

(in Firma Jakob Wertheimer, Manufakturwaren)

Ettlingerstrasse 27

der Verkauf von Anzugsstoffen, auch für Kostüme und Knaben-Anzüge geeignet, zu billigen Preisen für Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen statt.

Nur Mitglieder können die Waren erhalten.

Der Vorstand. 5871

Gottesauer Exerzierplatz

Karlsruhe 5872

Varieté-Schau

Direktion: D. Traber & Sohn

Seute abend 8 1/2 Uhr

Grosse Vorstellung.

Die moderne Elektrizität

Büchleinbuch I. Ranges M. 22.—. Leitfaden d. Elektrotechnik 11.—. Taschenbuch f. Monteur elektr. Beleuchtungsanlagen 5.50. Elektr. Licht- u. Kraftanlagen 4.50. Gasinstallation f. Schwach- u. Starkstrom 4.70. Schaltungsbuch f. Schwachstrom 5.30. Schule d. Elektromonteur 5.50. Starkstromanlagen 11.—. Der Starkstrompraktiker 5.50. Starkstromtechnik 57.40. Unterweisungen 8.30. Elektrotechnisches Auswahlbuch 14.30. Elektro-Ausfunkei 7.50. Telefon- u. Sirenenanlagen 11.55. Der Gas- u. Wasserinstallateur 17.20. Der praktische Klempner 8.25. Rechenhelfer 4.70. Rechnerbuch 2.—. Buchführung 5.75. Richtig Deutsch 5.75. Französisch 5.75. Englisch 5.75. Polnisch 5.75. Rechtschreibung (Duden) 7.15. Fremdwörterbuch 5.75. Rechtsformularbuch 5.75. Rechen 5.75. Geschäftsbuch u. Privatbriefsteller 5.50. Güter Ton u. feine Gütte 5.75. Taschenbuch 8.35. Die Gabe der gewandten Unterhaltung 8.20. 6000 Rezepte zu Handelsartikeln 15.—. Preisgekröntes Rezeptbuch der Landwirtschaft 13.35. Gegen Maßnahmen u. Schwarz & Comp., Verlagsbuchhandlung, Berlin E 14 R, Umenstr. 24. 4975

Wir suchen eine zuverlässige Zeitungs-Trägerin

für die Südstadt.

Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei uns melden.

Geschäftsstelle des Volksfreund

Zuifenstraße 24.

Oel-Fabrik Königsbach

Verarbeitung von Oel-Saaten

Montag bis Donnerstag für Mohn

Freitag und Samstag für Raps.

Gesetzlich vorgeschriebene Mahlscheine

sind mitzubringen. 5830